RP ONLINE

Im Kreis Wesel

Widerstand gegen mögliches Atommüllendlager

28. September 2020 um 19:08 Uhr | Lesedauer: 4 Minuten

Wohin mit dem Atommüll? Foto: dpa/Sebastian Kahnert

Kreis Wesel. Bei der Suche nach einem Endlager für radioaktive Abfälle sind Teile von Wesel, Hamminkeln und Schermbeck als geeignete Standorte aufgeführt. Die Bürgermeister und der künftige Landrat kündigen Widerstand an.

Von **Klaus Nikolei** und **Henning Rasche**

Weite Teile des Kreises Wesel kommen als Standorte für Endlager radioaktiven Mülls infrage. Die Bundesgesellschaft für Endlagerung hat am Montag einen 444 Seiten umfassenden Zwischenbericht veröffentlicht, indem rund 90 Gebiete als grundsätzlich geeignet eingestuft wurden. Im Kreis Wesel sind das große Teile von Wesel, Hamminkeln, Schermbeck, Xanten, aber auch Gebiete in Hünxe, Voerde und Sonsbeck. Laut Auszeichnung des Berichts sind an diesen Orten die geologischen Voraussetzungen für ein atomares Endlager gegeben.

Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), ein bundeseigenes Unternehmen, ist seit 2017 damit beschäftigt, deutschlandweit geeignete Standorte für Endlager zu finden. Bei der Suche galt das Prinzip der weißen Landkarte – kein Gebiet wurde von vornherein ausgeschlossen. In einer ersten Phase wurden nun Gebiete geologisch untersucht. Die BGE wertete dafür über Jahre die Geodaten des Bundesgebietes aus. Das Ergebnis dieser Auswertung findet sich nun in dem Zwischenbericht.

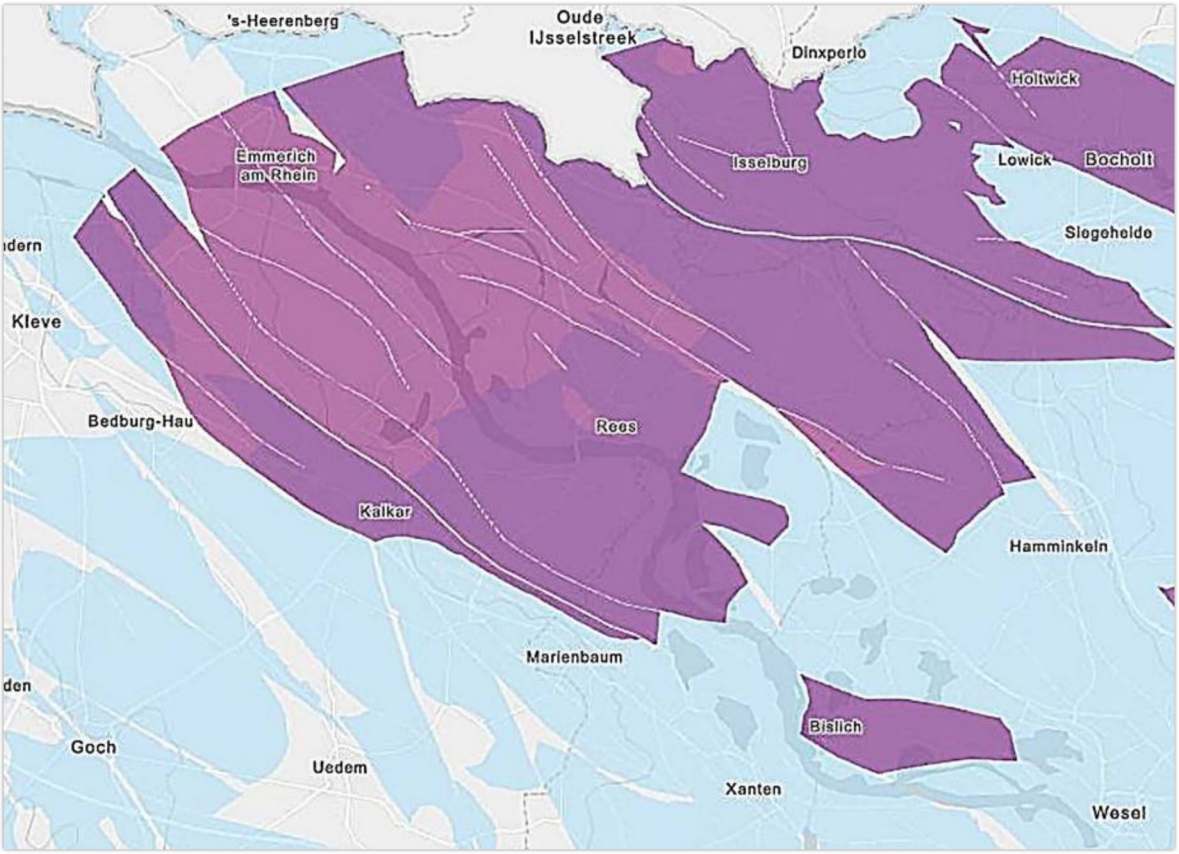
JETZT NEWSLETTER BESTELLEN ×

Vom **Chefredakteur** persönlich: Im kostenlosen Newsletter **"Stimme des Westens"** lesen Sie jeden Morgen, welche Themen die Region bewegen

E-MAIL-ADRESSE *

Sie können den Newsletter jederzeit abbestellen.

In der zweiten Phase sollen die möglichen Standorte überirdisch erkundet werden. Dadurch will die BGE die Auswahl eingrenzen – auf mindestens zwei Orte. Begebenheiten wie eine dichte Besiedlung oder vorhandene Gewässer werden dabei eine Rolle spielen. In der dritten und letzten Phase werden an den übrig gebliebenen Standorten Bergwerke gebaut, um die möglichen Endlager auch unter Tage zu erkunden. Bis 2031 soll endgültig ein Endlager gefunden sein, 2050 sollen die ersten Atommüllbehälter eingelagert werden.



Die blau und violett eingefärbten Gebiete eignen sich wegen der Gesteinsarten für eine Endlagerung. Entschieden ist aber noch nichts. Foto: Bundesgesellschaft für Endlagerung

Bei der Auswertung der Geodaten hat die BGE herausgefunden, dass Gesteinstypen etwa im Kreis Wesel für ein atomares Endlager geeignet wären. Es seien günstige geologische Voraussetzungen für die sichere Endlagerung hochradioaktiver Abfälle, betonte die BGE. Die betroffenen Gebiete im Kreis Wesel verfügen über Steinsalz oder Tongestein – in der interaktiven Karte der BGE als hellblau und violett ausgezeichnet.

Gegen ein mögliches atomares Endlager im Kreis Wesel zeichnet sich breiter Widerstand ab. Verbände und Politik kündigen an, sich gegen einen Standort im Kreis zur Wehr zu setzen.

Der künftige Landrat des Kreises, der CDU-Politiker Ingo Brohl, sagte: „Ich sehe keine Endlagerlösung im Kreis Wesel.“ Er könne sich nicht vorstellen, dass die Region diese Last tragen sollte. „Der Kreis Wesel hat mit dem Steinkohlebergbau zur Prosperität des gesamten Bundesgebietes beigetragen“, sagte Brohl. Auch über den Salzbergbau und den Kiesabbau trage der Kreis eine Last für das ganze Land. Da müsse nicht auch noch ein Atommüllendlager hinzukommen, sagte Brohl, der am Sonntag die Stichwahl gewonnen hat und am 1. November sein Amt antritt.

Wesels Bürgermeisterin Ulrike Westkamp (SPD) ist äußerst verärgert über das Vorgehen. „Wir Bürgermeister hatten vorab keinerlei Informationen. Ich bin sehr empört“, sagte sie. Was sie besonders ärgert: Durch den Regionalplan sind die Kommunen in ihren Entwicklungen zum Teil stark eingeschränkt. „Es wird so gut wie nichts erlaubt: Der Bau eines Kombibades am Rhein sollte verboten werden, ebenso können wir keine Flächen für Windkraftanlagen ausweisen. Es gibt keine Potenzialflächen, weil wir so viele Naturschutzgebiete haben, dürfen die Auskiesungsfläche in Pettenkaul nicht erweitern und auch in Bislich-Vanum ist nichts erlaubt. Und nun soll womöglich ein Atommüllendlager genehmigt werden. Das wäre der Tod der schönen Weseler Landschaft. Ich bin jedenfalls strikt dagegen“, sagt die Verwaltungschefin, die als junge Frau gegen Atomkraft demonstriert hat. Sie will mit den Vorsitzenden der Ratsfraktionen darüber sprechen, wie man jetzt Lobbyarbeit für Wesel und die Region betreiben könne.

Der Einladung mehr als gerne nachkommen wird Wesels SPD-Fraktionschef Ludger Hovest. Denn auch er ist der Überzeugung, dass alles getan werden müsse, um ein Atommüllendlager auf Weseler Stadtgebiet zu verhindern. „Das kommt gar nicht in Frage. Wir sind schon durch die Salzbergwerke und die Bergsenkungen eine sehr belastete Region.“ Aus seiner Sicht müssten sich die Landräte aus Wesel, Kleve und Borken zusammensetzen und eine klare Stellungnahme abgeben. Er selbst wolle einen politischen Antrag stellen, um die ganze Sache auf breite politische Beine zu stellen.

So wie Ulrike Westkamp ist auch ihr Amtskollege Bernd Romanski in Hamminkeln verärgert über das Verfahren. „So eine Karte zu veröffentliche, ohne zuvor mit den betroffenen Kommunen zu reden, ist bedauernswert. Bei so einem sensiblen Thema hätte man die Betroffenen informieren und ihnen sagen müssen, was man vorhat. So jedenfalls wird das bei den Bürgern nicht auf Akzeptanz stoßen“, sagte Romanski. Doch so wirklich verwundert ihn die mangelhafte Information der Behörden nicht. „Das war ja bei Corona nicht anders. Wir haben so vieles zuerst aus der Presse erfahren, bevor man verbindliche Informationen von den zuständigen Stellen bekommen hat.“

Petra Schmidt-Niersmann vom BUND, die zugleich Grünen-Sprecherin im Kreis ist, kündigte ebenfalls Widerstand gegen ein atomares Endlager im Kreis Wesel an. Durch Bergbau, Kiesabbau und durch die Deponien in Schermbeck seien die Gebiete bereits belastet. Der Zwischenbericht sei daher „höchst bedenklich“. „Wir werden das ganze kritisch begleiten“, sagte sie.

Grundsätzlich kritisierte Schmidt-Niersmann, dass den Konzernen die Gewinne aus dem Atomstrom zugute kämen, aber die Allgemeinheit die Belastungen aufgeladen bekommt. „Der Atomstrom wäre sonst niemals so billig gewesen“, sagte sie.

Lesen Sie hier unseren Kommentar.

westenhoeferchen@... Montag, 28. September 2020, 20:30 Uhr

Gorleben ist raus.Alle anderen sind mit im "Topf". So fühlt es sich an gegen die Atomlobby zu kämpfen. Ohnmächtig, hilflos, verzweifelt.
Diesen Kampf haben wir seinerzeit in den 80er Jahren gegen die Bundesregierung und die Lobbyisten geführt.Wir sind verlacht ,bespuckt und verhöhnt worden. Mit Wasserwerfern auseinandergetrieben und mit Tränengas bombardiert worden.
Aber wir haben weitergemacht. 40 Jahre später hat sich herausgestellt ,daß wir Recht hatten.Nur wohin mit dem Müll der 1.000.000 Jahre strahlen wird.Verbuddeln wird nichts bringen.Am besten noch wir schießen Ihn ins All...und hoffen ,daß er die nächsten 1.000.000 Jahre nicht zurückkommt.Wir haben uns erneut mal wieder gnadenlos überschätzt.Diese Technologie war zu keinem Zeitpunkt berechenbar oder gar beherrschbar. Die Folgen sind bis heute unabsehbar und werden noch hunderte von Generationen beschäftigen.Zahlen sollten für die Entsorgung diejenigen,welche seinerzeit die fetten Gewinne abgeschöpft haben...entgegen aller Warnungen. Ein Herr Winterkorn ist heuer ein kleines Licht gegen die Verbrecher der achtziger Jahre,welche die Atomisierung unsere Energiewirtschaft abgesegnet haben.Mit der Bitte um Recherche.

horstf46562@... Montag, 28. September 2020, 21:04 Uhr

Einfach erst mal ruhig bleiben!
Es war erst eine erste geologische Untersuchung. In den nächsten Schritten werden dann weitere Punkte geprüft, wie z. B. Besiedelung, Naturschutzgebiete etc. Und dann wird die Karte weiter ausgedünnt. Wenn dann der Kreis immer noch in Betracht kommt, kann man dagegen protestieren.

gerlau4711@... Dienstag, 29. September 2020, 11:18 Uhr

Es war nicht anders zu erwarten.
Proteste gegen alles: Atomkraft und Endlager, Kohle- und

Gaskraftwerke,Windkraftanlagen.....
Der Morgenthau-Plan hatte vorgesehen, Deutschland in ein Agrarland zu verwandeln.
Dann machen wir uns mal auf den Weg!

drjopl Dienstag, 29. September 2020, 11:21 Uhr

Beim Thema "Energiewende" kamen in diesem Forum immer wieder Vorschläge, die Atomenergie in Deutschland im Kampf gegen den CO2-Anstieg wieder anzufahren.
Bin schon sehr gespannt auf die Kommentare der Atomkraft-Freunde zum Thema Endlagerung ...